



Baden-Württemberg

Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2
Postfach 80 07 09
70507 Stuttgart

oder

Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2
Außenstelle Freiburg
Bissierstr. 7
79114 Freiburg

Antrag auf Änderung der Lizenz gemäß VO(EU) Nr. 1178/2011

Regierungspräsidium Stuttgart Referat 46.2 (bitte Adresse eingeben)

Name	
Vorname	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	E-Mail
Lizenznummer	

Anlagen

- Beidseitige Kopie der bisherigen Lizenz
- Kopie Tauglichkeitszeugnis
- Kopie Personalausweis (nur bei Wohnortwechsel oder Namensänderung)
- Kopie Sprechfunkzeugnis (nur bei Änderung)
- Bescheinigung Sprachnachweis _____
- Kopie Bescheid gültige Zuverlässigkeitsüberprüfung

Hiermit beantrage ich die Änderung einer Eintragung meiner Lizenz, wegen

- Wohnortwechsel (neue Adresse: siehe oben)
Bisher zuständige Luftfahrtbehörde: _____
- Namensänderung
Bisheriger Nachname: _____
- Erwerb des Sprechfunkzeugnisses BZF I AZF _____
- Erwerb eines Sprachnachweises: _____
- Sonstiges: _____

Erklärung des Antragsstellers:

Seit der Erteilung bzw. letzten Verlängerung/Erneuerung der Erlaubnis

- war ich an einem Luftfahrzeugunfall mit wesentlichem Schaden für Personen (mehr als nur leichte Prellungen) oder Sachen (mehr als 500,- Euro) **nicht** beteiligt
- wurde ich gerichtlich **nicht** bestraft
- wurden **keine** Bußgelder verhängt
- wurde meine Fahrerlaubnis **nicht** entzogen; sie ist auch **nicht** vorläufig eingezogen oder beschlagnahmt
- Gegen mich ist **kein** Straf- bzw. Bußgeldverfahren anhängig.

Andernfalls sind noch folgende Anlagen beizufügen:

- Führungszeugnis der Belegart O
- Nachweis zu Gericht, Aktenzeichen und Grund des anhängigen Verfahrens
- Nachweis zu Bußgelder, Bußgeldbescheid
- Auskunft (FAER) aus dem Fahreignungsregister des Krafftahrt-Bundesamtes in Flensburg
- Nachweis zu der Behörde (mit Aktenzeichen), in deren Zuständigkeit sich der Flugunfall ereignet hat.

Mir ist bekannt, dass meine Lizenz nach der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 ARA.FCL.250 beschränkt oder widerrufen werden kann, wenn die Erlangung durch Fälschung eingereichter Nachweise oder durch missbräuchliche Verwendung von Zeugnissen zustande kam.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers